

N i e d e r s c h r i f t

JHA / 015 / 2011

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 24.11.2011**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
--------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Regine Greiner		Ausschussmitglied f. Jugend- wohlfahrtsverbände
Frau Marlies Holtel	FDP	Sachkundige Bürgerin
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied f. Jugend- verbände
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsit- zender
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Frau Maria Schütz		Ausschussmitglied f. Jugend- wohlfahrtsverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugend- verbände

Vertreter:

Herr Johannes Lammers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Daniel Stroot		Vertretung für Frau Nina Wien- kamp

beratende Mitglieder:

Herr Raimund Gausmann	Leiter des Jugendamtes
Herr Harald Klamann	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Herr Bernhard Mersch	Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Sara Neto Alves	Sachkundige Einwohne- rin f. Integrationsrat
Frau Ulrike Paege	Sachkundige Einwohne- rin f. Familienbeirat
Frau Regina Schröer	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche

Vertreter:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Philipp Hülmeier
Herr Axel Linke		Vertretung für Frau Dr. Angelika Kordfelder

Verwaltung:

Herr Ewald Piepel	Produktverantwortlicher
Herr Wolfgang Neumann	Produktverantwortlicher
Herr Manfred Kösters	Schriftführer

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. **Niederschrift Nr.13 über die öffentliche Sitzung am 15.09.2011, Niederschrift Nr.14 über die öffentliche Sitzung am 29.09.2011 und Niederschrift über die gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss am 06.10.2011**

0:01:00

Keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in den öffentlichen Sitzungen am 15.09.2011, 29.09.2011 und 06.10.2011 gefassten Beschlüsse

0:02:55

Herr Linke teilt mit, dass die Beschlüsse ausgeführt seien. Ein gesonderter Bericht liegt nicht vor.

3. Informationen

0:03:10

Herr Linke verliest die nachfolgenden Informationen:

1.) Bildung eines Jugendamtselternbeirates

Die Elternbeiräte der Kindertageseinrichtungen aus Rheine trafen sich auf Einladung des Jugendamtes am 09. 11. 2011 in den Jugendräumen der Kath. Kirchengemeinde Herz-Jesu / St. Konrad in Gellendorf. Ziel des Treffens war, den mit der Novellierung des Kinderbildungsgesetzes neu eingeführten Jugendamtselternbeirat zu bilden. Am Treffen teilgenommen haben insgesamt die Elternbeiräte von 24 Kindertageseinrichtungen. Das Treffen wurde vorbereitet von den Vertretern des bereits seit Jahren in Rheine aktiven Stadtelternrates und vom Jugendamt. Die Vertreter des Stadtelternrates haben einen Überblick über die bisherige Arbeit des Stadtelternrates gegeben. Ferner stellte das Jugendamt die Absichten des Landesgesetzgebers zur Bildung eines Jugendamtselternbeirates vor. Deutlich wurde darauf hingewiesen, dass es um ein Mitwirkungsrecht und nicht um eine Mitbestimmung geht.

Das anschließende Abstimmungsverfahren führte dazu, dass sich 22 der anwesenden 24 Elternbeiräte für die Bildung eines Jugendamtselternbeirates ausgesprochen haben. Dem Vorstand des Jugendamtselternbeirates gehören an

- | | |
|------------------------|----------------------------|
| 1. Vorsitzende | Frau Diana Schulze Temming |
| 2. Stellv. Vorsitzende | Frau Manuela Metz |
| 3. Kassiererin | Frau Maraike Wittig |

Auf seiner konstituierten Sitzung des Jugendamtselternbeirats, die noch in diesem Jahr stattfinden soll, wird analog der bisherigen Arbeit des Stadtelternrates der Vorstand um weitere Beisitzer vervollständigt.

2.) Harmonisierung der Rechtsgrundlagen für die Erhebung von Beiträgen für den Besuch einer Kindertageseinrichtung bzw. einer Betreuungsform im Schulbereich

Herr Bietmann hat in der Sitzung des JHA am 29. 09. 2011 angeregt, die angesprochenen Schwierigkeiten bei der Harmonisierung der angesprochenen Rechtsgrundlagen für die „Erhebung von Beiträgen im Rahmen einer Informationsvorlage“ zu erläutern.

An dieser Stelle weist die Verwaltung darauf hin, dass auf die entsprechenden Probleme bereits im Rahmen der Vorlage 472/09 für die Sitzung des JHA am 03. 12. 2009 eingegangen worden ist. Die dort genannten Gründe haben bis heute nach wie vor Gültigkeit.

Eine Harmonisierung wie nach wie vor zu Einnahmeausfällen führen. Bereits in 2009 ist angeregt worden, die Harmonisierung dann weiter zu verfolgen, wenn die Haushaltssituation dies zulässt. Da bekanntlich die Haushaltssituation der Stadt Rheine sich in der jüngsten Vergangenheit nicht verbessert hat schlägt die Verwaltung vor, dass Thema zunächst weiterhin auf Eis zu legen.

3.) Sitzungskalender für 2012

In den gerade gedruckten Sitzungskalender 2012 ist noch ein zusätzlicher Termin aufzunehmen: Für den 29. März 2012 ist eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss geplant.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

0:08:00

Frau Paege berichtet über die weiteren Arbeiten am Familienstadtplan, sie erkundigt sich nach der Person, die nach dem Ausscheiden von Herr Lammerding den Familienbeirat weiter begleiten wird, und sie möchte gerne die Verbindung vom Familienbeirat zum neuen Jugendamtselternbeirat knüpfen.

5. Entwicklung der Tagespflege Vorlage: 441 / 11

0:12:30

Herr Fühner begrüßt Frau Rensinghoff und Frau Grüter vom Caritasverband Rheine, die so dann die Tagespflege in Rheine mit Hilfe der als Anlage beigefügten Abbildungen vorstellen.

Im Anschluss an den Vortrag beantworten Frau Rensinghoff und Herr Gausmann Fragen der Ausschussmitglieder.

Insbesondere die Pläne nach dem Auslaufen der EU-Fördergelder im Sommer 2012 sind von Interesse. Herr Gausmann teilt dazu mit, dass bei den kommen-

den Gesprächen mit den freien Trägern hinsichtlich der Priorisierung der Leistungen die Förderung der Tagespflege als Pflichtleistung einen sehr hohen Stellenwert bekommen werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen und die Entwicklungstendenzen zur Tagespflege zur Kenntnis.

6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege Vorlage: 447 / 11

0:50:00

Herr Linke führt mit folgenden Informationen in die Vorlage ein:

„Zunächst möchte ich auf die Vorberatungen und den entsprechenden Beschluss in der Sitzung des JHA vom 29. Sept. 2011 verweisen.

Abstimmungsgespräche zwischen den Jugendämtern im Kreis Steinfurt haben ergeben, dass das Kreisjugendamt Steinfurt und das Stadtjugendamt Ibbenbüren eine bis auf wenige redaktionelle Abweichungen gleichlautende Satzung verabschiedet haben. Zusammen mit unserer Satzung gilt damit für den überwiegenden Teil des Kreises Steinfurt eine gleichlautende Satzung. Auch die zu zahlenden mtl. Elternbeiträge sind für diese 3 Jugendamtsbezirke deckungsgleich.

In den Jugendamtsbezirken der Städte Emsdetten und Greven gibt es bereits eine einheitliche Satzung für die Bereiche Tagespflege, Kindergarten und OGS. Vor diesem Hintergrund war eine Vereinheitlichung praktisch nicht umsetzbar. Die Gründe, weshalb wir die Umsetzung aktuell auch nicht vorschlagen, haben wir Ihnen im Rahmen der verteilten schriftlichen Informationen für die heutige Sitzung vorgetragen.

Zur Vorlage selbst möchte ich zum besseren Verständnis noch darauf hinweisen, dass in der Ihnen vorliegenden Synopse in der linken Beitragstabelle die Beiträge aufgeführt sind, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Satzung durch den Rat der Stadt Geltung hatten. Unter Hinweis auf die damals beschlossene jährliche Anpassung der Beiträge von jeweils 1,5 % ergibt sich der heute gültige Beitrag analog der Anlage zur neuen Satzung (rechte Beitragstabelle).“

Herr Jansen und Herr Lammers geben den Hinweis, dass man prüfen solle, ob die Formulierung des neuen § 9 Inkrafttreten der Satzung rechtlich in Ordnung sei.

Herr Gausmann sagt zu, die Formulierung des § 9 Inkrafttreten der Satzung vom Rechtsamt prüfen zu lassen und das Ergebnis dieser Prüfung vor der endgültigen Beschlussfassung im Rat einzuarbeiten.

Weitere Wortmeldungen zur Vorlage werden nicht vorgebracht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt den Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine, die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege rückwirkend zum 01. 08. 2011 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Vormundschaftsreform und personelle Auswirkungen
Vorlage: 446 / 11**

0:54:30

Herr Linke erläutert die Vorlage und betont, dass die zwei zusätzlich Stellen die absolute Untergrenze darstellen. Er habe zwischenzeitlich mit dem Kämmerer besprochen, dass entsprechende Mittel für den Haushaltsplan 2012 benötigt würden.

Herr Jansen hat zwei Anmerkungen zur Vorlage. Zum einen wünschte er eine ausführlichere Darstellung der Aufgaben der zusätzlichen MitarbeiterInnen und damit verbunden auch Aussagen zur Fachlichkeit.

Zum anderen seien noch Alternativen zur Aufgabenerledigung im Jugendamt zu prüfen. Man könne zum Beispiel durch ein Interessenbekundungsverfahren Vereinsvormundschaften und –pflegschaften ermöglichen.

Herr Piepel erläutert das hinsichtlich der notwendigen Fachlichkeit, dass der Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Grundsätzlich sei möglich, sowohl Verwaltungskräfte, als auch Sozialfachkräfte mit dieser Aufgabe zu betreuen.

Hinsichtlich der Anregung, auch Vereinsvormundschaften und –pflegschaften zu ermöglichen, laufen derzeit Vorgespräche mit den Amtsgericht Rheine. Die Familienrichter entscheiden, wem sie die Vormundschaften übertragen und ob das Amtsgericht die Kosten dazu übernimmt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den Auswirkungen der Reform des Vormundschaftsrechts zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Schritte zur Umsetzung rechtzeitig zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen 2012 einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten"
Niederschrift Nr. 7 der Sitzung am 30. Mai 2011 und Nieder-
schrift Nr. 8 der Sitzung am 14. November 2011
Vorlage: 392 / 11**

1:03:00

Herr Linke teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die Vorlagen zur Bestätigung der Empfehlungsbeschlüsse der Unterausschüsse zukünftig anders aufgebaut werden. Es wird dann nicht mehr im Beschlussvorschlag auf die Niederschrift des Unterausschusses verwiesen, sondern der Beschlussvorschlag wird ausformuliert. Auch sei zu überlegen, ob zukünftig in den Unterausschüssen mit Vorlagen gearbeitet werden solle.

Herr Fühner und Herr Jansen nehmen den Vorschlag mit den ausformulierten Beschlussvorschlägen auf und schlagen vor, angesichts der komplexen Sachverhalte heute keine Beschlüsse zu fassen, sondern die Niederschriften nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Verwaltung möge bitte zur nächsten Sitzung die Vorlagen neu erstellen. Insbesondere die Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen sollten im Rahmen der Haushaltplanberatung aufbereitet werden.

Die übrigen Ausschussmitglieder schließen sich dem an.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Niederschrift Nr. 7 der Sitzung vom 30. Mai 2011 und die Niederschrift Nr. 8 der Sitzung am 14. November 2011 des Unterausschusses „Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertagesstätten“ zu Kenntnis.

**9. Berichtswesen zum Stichtag 31.10.2011, Fachbereich 2 - Ju-
gend, Familie und Soziales,
hier: Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 398 / 11**

1:07:00

Herr Linke erläutert die Gründe für die erhebliche Budgetüberschreitung bei den Erziehungshilfen. Zwischenzeitlich habe auch schon ein Gespräch mit dem Kämmerer stattgefunden, in dem die Budgetüberschreitung und mögliche Steuerungsmaßnahmen thematisiert worden sind.

Herr Jansen weist auf das große Problem der kommunalen Finanzen hin, wo Überschreitungen bei den Pflichtausgaben wie hier, nicht durch Einsparungen bei freiwilligen Leistungen kompensiert werden können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 –Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Jugendamt) mit dem Stand der Daten vom 31.10.2011 zur Kenntnis.

- 10. Haushaltskonsolidierung im Fachbereich 2- Jugend, Familie und Soziales,
 hier: 2. Lesung für die Produktgruppe Jugendamt
 Vorlage: 431 / 11**

1:12:30

Herr Linke verweist auf die Vorlage.

Nach einigen wenigen Rückfragen besteht Einigkeit, die notwendigen Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatung fassen zu wollen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die produktorientierten Erläuterungen zum Haushaltsplan für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Jugendamt) zur Kenntnis.

- 11. Aufhebung des kw - Vermerkes für die Stelle 2123 "Zuschüsse nach Richtlinien" im Fachbereich 2
 Vorlage: 375 / 11**

1:20:30

Herr Linke verweist auf die Vorlage. Ohne Wortmeldung ergeht folgender Beschluss.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss den kw - Vermerk für die Stelle 2123 „Zuschüsse nach Richtlinien“ im Fachbereich 2 zum 01.01.2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Aufhebung des kw - Vermerkes für die Stelle 2132 "Reintegration und Verselbständigung" im Fachbereich 2
Vorlage: 404 / 11**

1:21:00

Herr Linke verweist auf die Vorlage.

Herr Jansen bemängelt, dass in der Vorlage die Aussagen zu der Entgeltgruppe und zur Berufsgruppe/Fachlichkeit fehlen. Ferner wäre von Interesse, ob eine externe oder interne Besetzung der Stelle vorgesehen sei. Ansonsten könne er die Stelle von ihrem Inhalt her mittragen.

Herr Gausmann teilt mit, dass es sich um eine Stelle S 14 des TVöD handelt, die mit einem/einer Sozialarbeiter/in bzw. –pädagogen/in zu besetzen wäre. Eine Stellenausschreibung würde zunächst intern erfolgen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss den kw - Vermerk für die Stelle 2132 „Reintegration und Verselbständigung“ im Fachbereich 2 zum 01.01.2013 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:24:00

Es werden keine Fragen gestellt.

14. Anfragen und Anregungen

1:24:30

Anfragen und Anregungen werden nicht gestellt.

gez. _____
Fühner
Ausschussvorsitzender

gez. _____
Kösters
Schriftführer

